

Bundesamt für Migration
Bundesamt für Wohnungswesen

Integration und Quartierentwicklung in mittelgrossen und kleineren Städten der Schweiz



Wichtigste Ergebnisse

Michal Arend

www.research-solutions.ch
ma@research-solutions.ch

Zollikon, 10. August 2007

Inhaltsverzeichnis

1	Fragestellung und Ausgangslage	1
2	Städte mit besonderen integrationspolitischen Anforderungen anhand der Daten aus der Volkszählung 2000.....	1
3	Räumliche Verlagerungen im Auftreten der Integrationsprobleme	6
4	Zur Integrationspolitik und Verteilung der integrationspolitischen Massnahmen und Projekte in der Schweiz.....	7
5	Hauptergebnisse der Vertiefungsanalysen in 13 ausgewählten Städten und Gemeinden.....	10
6	Schlussfolgerungen und Empfehlungen in Thesenform	13

1 Fragestellung und Ausgangslage

Im Juli 2006 wurde der Öffentlichkeit der Bericht "Probleme der Integration von Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz" vorgestellt¹. Analysen im Zusammenhang mit diesem Bericht haben ergeben, dass bis heute keine umfassenden Untersuchungen zur räumlichen Verdichtung und Kumulation von Integrationsproblemen in bestimmten Orten und Gebieten der schweizerischen Agglomerationen bestehen. Der Autor wurde deshalb vom Bundesamt für Migration und Bundesamt für Wohnungswesen beauftragt, die vorliegende Studie durchzuführen. Sie soll helfen, folgende Fragen zu beantworten:

- a) Welche Orte und Gebiete in schweizerischen Agglomerationen weisen eine Verdichtung und Kumulation von Integrationsproblemen auf?
- b) An welchen Orten und in welchen Gebieten schweizerischer Agglomerationen bestehen schon Massnahmen der Integrationsförderung und in welchen besteht ein ausgewiesener und nicht abgedeckter Handlungsbedarf?

2 Städte mit besonderen integrationspolitischen Anforderungen anhand der Daten aus der Volkszählung 2000

Eine präzise Beantwortung der ersten Frage nach den Orten und Gebieten mit mehrfachen und kumulativen Integrationsproblemen stellt hohe Anforderungen an das Vorhandensein statistischer Daten. Da gegenwärtig wichtige Daten in erforderlicher Qualität, Vergleichbarkeit und Differenzierbarkeit fehlen², wurde in der Studie ein pragmatisches Vorgehen gewählt. Basierend auf den Daten der Volkszählung 2000 wurden Orte und Gebiete mit besonderen integrationspolitischen Anforderungen mit Hilfe von folgenden 9 Indikatoren bzw. Kriterien identifiziert:

- Anteil Bewohnerinnen und Bewohner ausländischer Nationalität; in den folgenden Tabellen 1-10 als AUSL abgekürzt
- Anteil "sesshafter" Bewohnerinnen und Bewohner mit gleicher Wohnadresse wie vor 5 Jahren (SESSH)
- Anteil Bewohnerinnen und Bewohner, die im Jahre 1995 noch im Ausland lebten (MIAUSL)
- Anteil arbeitsloser Bewohnerinnen und Bewohner (ARBLOS)
- Anteil Bewohnerinnen und Bewohner mit tiefem Bildungsstatus (keine Ausbildung oder nur obligatorische Schule als Höchstabschluss, TIEFBIL)
- Anteil "sprachferner" Bewohnerinnen und Bewohner, welche weder zu Hause noch im Erwerbsleben bzw. in der Schule eine Regionalsprache sprechen (SPRF)
- Anteil kinderreicher Haushalte mit 3 Kindern und mehr (KINDR)
- Anteil Haushalte in nicht renovierten Altbauten (gebaut vor 1961, NRALT)
- Anteil Haushalte in überbelegten Wohnungen mit mehr Personen als Wohnräumen (ÜBERB)

¹ http://www.bfm.admin.ch/fileadmin/user_upload/Themen_deutsch/Auslaender/Integration/Integrationsbericht_d.pdf

² Als wichtige Beispiele von Daten, welche gegenwärtig zur Identifikation bereichsspezifischer und kumulativer Integrationsdefizite fehlen, möchten wir an dieser Stelle die Daten über die Bildung Jugendlicher, die Daten über die Sozialhilfe-Empfänger und Empfängerinnen und die Daten aus dem Bereich der Sicherheits- bzw. Kriminalstatistiken erwähnen.

Das Erfüllen eines einzigen oder einiger weniger Kriterien muss nicht unbedingt auf Integrationsprobleme hindeuten, aber wenn in einer Gemeinde oder in einem Stadtteil gleichzeitig mehrere, fast alle oder sogar alle kritischen Schwellenwerte überschritten werden, dann besteht ein Verdacht, dass es sich um eine Gemeinde oder einen Stadtteil mit besonderen integrationspolitischen Problemen und Anforderungen handelt. Wie im Kapitel 5 erläutert wird, ist dieser Verdacht mit vertiefenden Abklärungen (Recherchen) weiter zu erhärten.

Die in den neun Kriterien enthaltenen Informationen können auf zwei verschiedene Arten zusammen gefasst werden. Die erste Möglichkeit besteht in der Berechnung eines alle Kriterien gleich stark berücksichtigenden Gesamtindex, dessen negative Werte auf schlechte und positive Werte auf gute Integrationsvoraussetzungen hindeuten.

Die zweite Möglichkeit besteht darin, für jedes einzelne Kriterium bestimmte kritische Schwellenwerte festzulegen und dann die Anzahl Kriterien zu ermitteln, bei denen diese Schwellenwerte überschritten werden. In Abhängigkeit von Erfahrungswerten und Überlegungen über anzustrebende Soll-Zustände sowie von Mittelwerten und Standardabweichungen einzelner Indikatoren wurden solche Schwellenwerte wie folgt definiert:

STADT-/GEMEINDENEBENE	AUSL	SESSH	MIAUSL	ARBLOS	TIEFBIL	SPRF	KINDR	NRALT	ÜBERB
Mittelwert	15.7%	64.6%	3.3%	1.3%	27.7%	8.0%	5.4%	12.9%	5.9%
Standardabweichung	9.2%	6.5%	2.5%	0.6%	6.4%	5.3%	2.4%	5.8%	2.3%
Kritischer Schwellenwert	>25.0%	<60.0%	>5.0%	>3.0%	>33.0%	>15.0%	>3.0%	>19.0%	>9.0%

Tabelle 1: Mittelwerte, Standardabweichungen und kritische Schwellenwerte der neun Kriterien auf der Stadt- bzw. Gemeindeebene

STADTTEILEBENE	AUSL	SESSH	MIAUSL	ARBLOS	TIEFBIL	SPRF	KINDR	NRALT	ÜBERB
Mittelwert	25.4	58.2	6.4	2.5	24.4	14.2	2.5	27.7	5.6
Standardabweichung	11.9	6.3	3.4	1.1	7.0	8.2	1.6	13.6	2.7
Kritischer Schwellenwert	>38.0%	<55.0%	>10.0%	>4.0%	>33.0%	>22.0%	>3%	>40.0%	>10.0%

Tabelle 2: Mittelwerte, Standardabweichungen und kritische Schwellenwerte der neun Kriterien auf der Stadtteilebene

Anschliessend wurden anhand der Volkszählungsergebnisse aus dem Jahre 2000 für alle Gemeinden der Schweiz mit über 5'000 Einwohnern und für Stadtteile der grösseren Städte mit über 30'000 Einwohnern beide Werte berechnet.

Die Ergebnisse werden in den folgenden Tabellen 3 bis 10 dargestellt. Die Werte des Gesamtindex sind jeweils in der vorletzten Spalte mit der Überschrift "INDEX", die Anzahl der überschrittenen kritischen Schwellenwerte in der letzten Spalte mit der Überschrift "ANZKR" angegeben.

Die Tabellen sind nicht als "Ranglisten" zu lesen, sondern geben lediglich Anhaltspunkte, dass Integrationsprobleme in diesen Gemeinden bestehen könnten. Wie die Recherchen (siehe Kapitel 5) zeigen, unterscheidet sich die konkrete Situation von Gemeinde zu Gemeinde erheblich. Begründete Aussagen zur Integrationsproblematik lassen sich daher nur aufgrund vertiefter qualitativer und quantitativer Analysen machen.

GEMEINDEN MIT 5'000 - 10'000 EINWOHNERN	KT.	ANTEILSWERTE PERSONEN						ANTEILSW. HAUSHALTE			INDEX	ANZKR
		AUSL	SESSH	MIAUSL	ARBLOS	TIEFBIL	SPRF	KINDR	NRALT	ÜBERB		
Chavannes-p.-Ren.	VD	47.7	54.7	9.3	2.6	34.8	18.1	3.2	19.8	10.9	-14.8	8
Zermatt	VS	39.0	56.4	11.4	0.9	34.0	29.2	3.1	9.6	16.6	-14.3	7
Spreitenbach	AG	46.3	52.4	4.9	3.4	33.3	24.8	4.2	7.2	10.0	-13.5	7
Rorschach	SG	39.6	55.1	4.5	3.4	36.8	21.7	4.0	24.1	6.3	-13.4	7
Chêne-Bourg	GE	35.1	50.8	7.8	2.8	25.4	13.7	3.1	31.9	9.8	-13.1	6
Crissier	VD	44.5	56.4	7.4	2.1	31.5	16.6	3.5	16.2	12.0	-11.9	6
Le Grand-Saconnex	GE	41.8	49.9	8.6	2.1	18.4	16.7	2.5	31.4	6.9	-11.1	5
Aigle	VD	35.5	60.8	6.2	2.4	34.2	16.5	5.4	17.0	10.6	-11.0	6
Ecublens	VD	41.3	58.8	7.6	2.4	31.7	16.3	2.6	17.8	9.9	-10.7	5
St. Margrethen	SG	37.4	60.2	4.2	2.6	35.1	17.7	5.0	18.5	7.7	-10.0	4
St. Moritz	GR	36.7	59.7	13.4	0.6	28.5	31.9	1.8	14.9	7.0	-9.9	4
Zuchwil	SO	37.0	58.0	3.6	3.3	34.4	19.2	3.3	16.7	6.0	-9.5	6
Aarburg	AG	33.5	59.4	2.9	2.7	34.2	19.9	4.5	20.4	7.0	-9.4	6
Orbe	VD	29.8	56.6	5.7	1.5	33.1	10.2	4.4	27.8	8.2	-8.4	6
Gland	VD	28.9	47.2	7.4	2.0	21.8	11.0	4.4	18.1	7.4	-7.6	4

Tabelle 3: 15 (von insg. 183) Gemeinden mit 5'000 bis 10'000 Einwohnern mit tiefsten Werten des Integrationsindex

STÄDTE MIT 10'000 BIS 20'000 EINWOHNERN	KT.	ANTEILSWERTE PERSONEN						ANTEILSW. HAUSHALTE			INDEX	ANZKR
		AUSL	SESSH	MIAUSL	ARBLOS	TIEFBIL	SPRF	KINDR	NRALT	ÜBERB		
Renens	VD	53.1	56.4	8.0	3.1	37.8	20.7	2.9	30.1	12.3	-18.7	8
Vevey	VD	41.1	54.1	6.6	3.8	30.8	15.8	2.9	35.2	9.7	-16.1	7
Opfikon	ZH	38.1	49.1	9.0	3.4	28.8	22.0	2.3	17.4	6.5	-13.0	5
Schlieren	ZH	41.4	57.1	6.3	2.9	31.3	24.7	2.6	21.9	8.3	-12.8	5
Carouge	GE	37.8	54.9	7.7	2.9	26.7	13.8	2.1	31.7	9.2	-12.5	5
Versoix	GE	38.4	50.7	11.6	2.8	23.1	17.0	5.0	17.4	6.6	-12.1	5
Prilly	VD	35.8	59.5	5.8	2.5	30.1	13.5	2.2	35.9	8.4	-10.9	4
Littau	LU	34.3	57.8	3.8	2.5	35.6	21.6	4.6	15.3	8.1	-9.9	5
Meyrin	GE	43.8	59.9	6.3	2.8	26.4	16.4	3.0	16.4	9.7	-9.9	5
Nyon	VD	35.9	54.4	8.7	1.9	25.3	15.4	3.1	24.5	7.9	-9.8	6
Locarno	TI	35.2	62.6	3.8	2.8	37.7	15.7	2.0	17.9	9.3	-8.9	4
Kreuzlingen	TG	41.4	56.1	5.7	2.5	31.5	17.1	3.1	16.5	6.0	-8.9	5
Pratteln	BL	36.1	62.4	4.5	2.8	33.0	19.4	3.1	14.2	8.2	-8.7	4
Thônex	GE	33.3	54.5	6.7	2.7	25.5	12.8	3.9	13.2	9.2	-8.4	5
Wohlen (AG)	AG	30.1	59.6	3.2	2.5	33.3	16.4	4.8	16.0	6.9	-7.3	5

Tabelle 4: 15 (von insgesamt 89) Städte mit 10'000 bis 20'000 Einwohnern mit tiefsten Werten des Integrationsindex

STÄDTE MIT 20'000 BIS 30'000 EINWOHNERN	KT.	ANTEILSWERTE PERSONEN						ANTEILSW. HAUSHALTE			INDEX	ANZKR
		AUSL	SESSH	MIAUSL	ARBLOS	TIEFBIL	SPRF	KINDR	NRALT	ÜBERB		
Vernier	GE	47.2	58.3	7.4	4.0	33.7	19.0	4.1	22.9	11.2	-16.7	9
Montreux	VD	39.0	53.4	11.8	2.8	27.4	16.9	2.6	29.9	7.8	-14.2	5
Dietikon	ZH	38.7	57.3	5.9	3.1	31.6	22.7	3.3	14.7	8.8	-11.7	6
Yverdon-les-Bains	VD	33.5	57.0	5.8	2.4	33.0	14.5	4.1	23.5	8.6	-10.3	5
Lancy	GE	34.2	60.7	5.6	2.6	26.3	12.7	2.7	16.7	7.8	-6.5	2
Emmen	LU	27.6	59.7	3.2	2.2	33.6	16.3	5.1	9.8	7.2	-5.8	5
Sion	VS	24.9	59.9	4.1	2.8	29.5	11.4	4.0	11.3	8.1	-5.3	2
Dübendorf	ZH	25.3	54.3	5.5	2.2	22.4	14.4	2.4	11.7	4.5	-3.3	3
Frauenfeld	TG	24.2	56.6	3.3	1.7	28.8	13.6	3.8	14.5	4.8	-3.0	2
Zug	ZG	23.5	58.6	6.2	1.4	22.1	13.9	2.4	11.8	5.7	-1.7	2
Uster	ZH	22.0	57.3	4.1	1.9	23.7	12.2	3.3	11.0	4.3	-1.3	2
Kriens	LU	14.7	61.4	3.0	1.7	25.4	8.5	3.6	14.2	4.6	0.5	1
Riehen	BS	13.0	64.3	3.6	1.2	18.6	5.7	3.2	25.1	3.5	2.0	2

Tabelle 5: Alle Städte mit 20'000 bis 30'000 Einwohnern mit den Werten des Integrationsindex

STÄDTE MIT 30'000 BIS 50'000 EINWOHNERN	KT.	ANTEILSWERTE PERSONEN						ANTEILSW. HAUSHALTE			INDEX	ANZKR
		AUSL	SESSH	MIAUSL	ARBLOS	TIEFBIL	SPRF	KINDR	NRALT	ÜBERB		
Biel	BE	26.5	56.4	4.7	3.1	28.5	38.9	2.3	26.5	5.1	-12.6	5
Fribourg	FR	29.1	56.6	7.2	2.6	30.0	20.9	2.4	22.1	5.9	-9.4	5
Neuchâtel	NE	31.5	57.1	8.2	2.5	26.7	13.0	2.3	31.6	5.6	-9.3	4
Lugano	TI	40.8	62.3	8.4	2.5	31.7	12.3	1.5	11.9	7.1	-7.1	2
LaChdF	NE	26.6	61.0	4.2	1.4	31.8	10.0	3.1	36.5	5.8	-6.3	3
Schaffhausen	SH	25.5	59.1	4.6	2.0	27.1	13.5	3.2	24.3	4.6	-5.0	4
Chur	GR	18.4	57.8	3.2	1.9	25.6	12.2	2.4	11.7	4.9	-0.8	1
Thun	BE	12.6	59.0	2.6	2.4	24.1	7.4	2.8	18.1	5.2	-0.7	1
Köniz	BE	13.7	62.6	3.3	2.0	19.8	8.6	2.9	23.3	4.7	-0.3	1

Tabelle 6: Alle Städte mit 30'000 bis 50'000 Einwohnern mit den Werten des Integrationsindex

STÄDTE MIT ÜBER 50'000 EINWOHNERN	KT.	ANTEILSWERTE PERSONEN						ANTEILSW. HAUSHALTE			INDEX	ANZKR
		AUSL	SESSH	MIAUSL	ARBLOS	TIEFBIL	SPRF	KINDR	NRALT	ÜBERB		
Genève	GE	44.5	56.7	10.7	3.3	22.7	17.2	1.7	50.0	9.0	-17.7	7
Lausanne	VD	37.2	55.6	10.1	3.2	27.2	14.1	2.4	39.7	7.1	-14.5	5
Basel	BS	30.2	60.4	6.1	2.9	27.0	18.1	2.0	29.6	6.7	-9.4	4
Zürich	ZH	30.3	59.5	8.3	2.9	24.9	17.8	1.8	27.7	5.8	-9.3	5
St. Gallen	SG	27.5	56.3	5.6	2.5	26.4	14.6	2.9	21.4	4.0	-6.0	4
Bern	BE	22.5	57.2	5.2	2.4	21.2	14.2	1.4	34.9	4.2	-6.0	3
Winterthur	ZH	24.0	58.3	4.6	2.6	25.8	13.5	3.3	18.8	5.2	-5.0	2
Luzern	LU	20.6	58.1	5.5	2.3	23.3	12.6	1.8	23.5	3.8	-3.6	3

Tabelle 7: Alle Städte mit über 50'000 Einwohnern mit den Werten des Integrationsindex

STADTEILE IN GROSSSTÄDTEN MIT ÜBER 100'000 EINWOHNERN	STADT	ANTEILSWERTE PERSONEN						ANTEILSW. HAUSHALTE			INDEX	ANZKR
		AUSL	SESSH	MIAUSL	ARBLOS	TIEFBIL	SPRF	KINDR	NRALT	ÜBERB		
Sauvabelin	Lausanne	47.4	36.5	10.1	3.9	35.7	15.1	6.8	23.8	19.4	-15.9	6
Pâquis	Genève	56.1	54.2	14.7	4.5	28.0	24.2	1.7	59.6	11.6	-14.1	7
Matthäus	Basel	50.3	55.9	8.9	5.1	35.8	32.3	2.4	22.5	12.8	-13.6	5
Sébeillon-Malley	Lausanne	52.5	51.6	11.4	4.0	38.0	21.2	2.8	42.4	11.6	-12.9	7
Montoie-Bourdon.	Lausanne	49.8	56.0	10.0	4.9	36.1	19.5	4.0	45.5	11.4	-12.5	6
Rosental	Basel	50.4	54.7	8.8	5.0	39.3	33.5	2.3	34.1	11.6	-12.4	6
Hard	Zürich	50.1	61.4	9.3	5.0	38.9	34.3	2.1	19.1	11.5	-12.1	5
Jonction	Genève	45.7	54.9	12.4	4.4	28.0	19.2	1.5	53.4	10.9	-12.0	6
Langstrasse	Zürich	43.4	47.3	12.7	5.3	30.7	28.2	1.1	32.6	7.5	-11.7	5
Klybeck	Basel	49.7	62.5	5.7	4.3	42.0	33.9	2.9	31.0	12.8	-11.1	5
La Cluse	Genève	47.7	51.3	13.0	3.8	25.6	18.5	1.0	50.7	8.8	-11.1	4
Gewerbeschule	Zürich	45.2	49.2	11.6	4.8	31.7	28.1	1.7	25.4	8.7	-10.9	5
Bâtie-Acacias	Genève	54.2	58.3	11.2	4.3	32.4	21.7	1.7	50.1	11.7	-10.8	5
Délices-Gr.-Montb.	Genève	44.5	55.4	10.4	4.5	26.2	18.2	1.8	56.7	10.2	-10.6	5
St.Johann	Basel	41.9	57.6	7.0	3.9	33.7	26.5	2.8	32.9	10.3	-10.6	4

Tabelle 8: 15 (von insgesamt 117) Stadtteile mit tiefsten Werten des Integrationsindex in den Grossstädten Basel, Bern, Genf, Lausanne und Zürich

STADTTEILE IN MITTELGROSSEN STÄDTEN LUZERN, ST. GALLEN UND WINTERTHUR	STADT	ANTEILSWERTE PERSONEN						ANTEILSW. HAUSHALTE			INDEX	ANZKR
		AUSL	SESSH	MIAUSL	ARBLOS	TIEFBIL	SPRF	KINDR	NRALT	ÜBERB		
Basel-Bernstrasse	Luzern	60.4	52.9	11.2	6.2	42.9	44.1	3.8	29.0	13.9	-18.4	8
Sennhof	Winterthur	42.7	44.3	9.1	4.6	34.7	26.3	5.9	3.6	15.1	-12.2	7
Eichliacker	Winterthur	44.6	54.7	7.9	5.4	32.6	26.0	2.9	19.6	8.5	-8.1	4
Kantonsspital-Ib.	Luzern	35.6	48.8	15.9	6.4	28.7	18.6	1.1	38.6	3.7	-8.0	3
Tössfeld	Winterthur	45.2	56.1	7.9	4.5	31.3	28.0	3.1	19.6	10.3	-7.7	5
Lachen	St. Gallen	39.6	53.8	5.7	3.1	34.0	24.0	4.2	22.4	6.4	-6.0	5
Grüze	Winterthur	36.0	57.9	6.2	5.0	23.9	19.6	3.6	45.0	8.3	-5.7	3
St. Fiden	St. Gallen	36.3	54.2	5.7	3.3	32.0	20.8	2.7	27.1	5.6	-4.5	1
Blumenau	Winterthur	29.7	56.3	5.3	3.1	28.3	19.7	3.1	30.2	7.0	-2.9	1
Lindenplatz	Winterthur	27.9	61.7	5.0	3.2	30.2	16.6	4.6	22.8	9.1	-2.5	1
Neuwiesen	Winterthur	26.7	52.5	7.2	3.1	25.3	16.0	2.7	36.5	5.5	-2.5	1
Riethüsli	St. Gallen	29.6	54.0	6.9	3.1	27.4	16.6	3.0	31.3	4.3	-2.3	2
Rosenberg	St. Gallen	34.2	51.0	14.3	2.8	20.4	15.4	1.5	24.5	3.6	-2.3	2
Schlosstal	Winterthur	33.0	57.6	5.8	3.5	30.5	18.9	2.6	11.3	7.9	-2.0	0
Neustadt-Voltastr.	Luzern	28.3	54.4	4.8	3.1	30.9	19.4	1.5	25.5	5.3	-1.9	1

Tabelle 9: 15 (von insgesamt 67) Stadtteile mit tiefsten Werten des Integrationsindex in den Mittelstädten Luzern, St. Gallen und Winterthur

STADTTEILE IN KLEINEREN STÄDTEN MIT 30'000 BIS 50'000 EINWOHNERN	STADT	ANTEILSWERTE PERSONEN						ANTEILSW. HAUSHALTE			INDEX	ANZKR
		AUSL	SESSH	MIAUSL	ARBLOS	TIEFBIL	SPRF	KINDR	NRALT	ÜBERB		
Madretsch-Nord	Biel	41.5	52.5	7.1	5.1	36.1	51.6	2.5	28.4	7.6	-11.4	5
Neustadt Süd	Biel	34.3	52.2	7.0	4.7	31.0	44.9	1.8	35.2	5.9	-9.0	3
Schoenberg	Fribourg	34.3	59.0	5.4	4.0	34.7	28.3	4.3	4.8	9.6	-6.2	4
Forges-Endroit	La CHF	45.5	56.5	6.3	1.9	42.5	21.0	1.7	40.3	8.1	-5.9	3
Hochstrasse	Schaffhausen	38.7	56.6	7.0	2.8	32.8	23.2	4.0	31.2	6.3	-5.7	3
Draizes-Vauseyon	Neuchâtel	39.3	54.2	8.1	2.7	35.7	16.9	3.1	30.1	9.0	-5.6	4
Centre	Neuchâtel	34.4	47.9	13.8	3.0	24.1	15.9	1.6	43.8	5.0	-5.5	3
Centre	La CHF	39.5	54.6	6.3	2.2	37.5	15.1	2.1	53.6	5.7	-4.7	4
Mett-Mâche	Biel	27.6	58.9	4.1	2.9	33.1	39.7	3.1	18.5	5.6	-4.6	3
Champagne	Biel	27.7	54.1	5.4	3.1	29.1	43.6	1.7	27.8	5.3	-4.5	2
Neustadt Nord	Biel	26.7	49.6	5.8	3.5	23.2	37.6	1.4	30.4	4.8	-4.0	2
Lerchenfeld	Thun	23.8	54.5	4.7	2.6	33.6	16.5	5.8	17.3	9.7	-3.8	3
Pierre-à-B.-Acacias	Neuchâtel	32.6	58.9	4.7	2.7	30.7	13.2	7.5	7.2	9.6	-3.3	1
Altstadt	Biel	22.5	44.8	7.6	4.9	18.8	29.1	0.8	35.5	3.1	-3.2	3
Pérolles	Fribourg	31.9	53.9	8.5	2.3	30.4	17.3	1.8	34.7	5.5	-3.0	1

Tabelle 10: 15 (von insgesamt 85) Stadtteile mit tiefsten Werten des Integrationsindex in den übrigen Städten mit mehr als 30'000 Einwohnern

3 Räumliche Verlagerungen im Auftreten der Integrationsprobleme

Auch wenn in der vorliegenden Studie zur Identifikation der Gemeinden und Stadtteile mit besonderem Integrationsförderungsbedarf ausschliesslich die Daten aus der Volkszählung 2000 verwendet wurden, so haben andere Untersuchungen³ hinlänglich bewiesen, dass es in den letzten Jahren zu räumlichen Verschiebungen bzw. Verlagerungen im Auftreten der Integrationsprobleme gekommen ist. Während in den 70er und 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts von den Integrationsproblemen vor allem die Zentren und die zentrumsnahen Stadtteile grossstädtischer Agglomerationen betroffen waren, so sind es heute eher die Stadtrandquartiere und bestimmte Umlandgemeinden, in denen die Anteile sozial benachteiligter und integrationsschwacher Wohnbevölkerung am höchsten sind und noch weiter zunehmen. Die folgende aus der soeben zitierten Untersuchung von Arend et al. übernommene Grafik - in welcher die Stadtteile mit zunehmenden Ausländeranteilen dunkelrot markiert sind - zeigt, dass entsprechende Entwicklungstrends in der Periode 1990-2000 insbesondere in Zürich, Basel, Luzern und St. Gallen stark ausgeprägt waren.

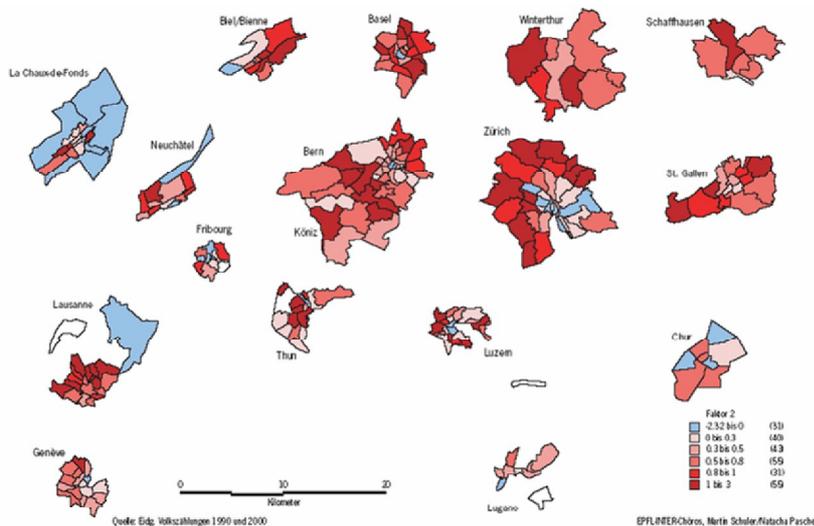


Abbildung 1: Entwicklung der Ausländeranteile 1990-2000 in Stadtteilen der 17 Städte mit über 30'000 Einwohnern

Parallel zu diesen kleinräumigen Verschiebungen verbessert sich in grossräumiger Sicht die soziale Zusammensetzung der Wohnbevölkerung in tertiären grossstädtischen Agglomerationen. Neue Probleme und soziale Brennpunkte entstehen hingegen in mittel- und kleinstädtischen Agglomerationen, welche noch nicht den ökonomischen Strukturwandel hinter sich gebracht haben und nach wie vor bedeutende Anteile industrieller Arbeitsplätze aufweisen.

Im Zuge dieser zweifachen Verlagerungstendenzen werden Orte und Gebiete mit Integrationsproblemen konfrontiert, für welche diese Probleme neu sind und die über keinerlei oder nur wenig Erfahrungen im Umgang mit ihnen verfügen. Da lokale Integrationsförderungskulturen zu ihrem Entstehen und zum guten Funktionieren Zeit brauchen, können solche neu betroffenen Orte und Gebiete ihre Integrationsprobleme nicht aus eigener Kraft meistern. Im Gegenteil: Sie sind von den für sie neuartigen Problemen überfordert und bei ihrer Lösung auf Hilfe von aussen angewiesen.

³ Siehe dazu Arend M., Baur M. und Schuler M.: "Bevölkerungszusammensetzung, Integration und Ausgrenzung in urbanen Zonen", Bundesamt für Statistik, Neuchâtel 2005 und Bundesamt für Migration: "Probleme der Integration von Ausländerinnen und Ausländern". Bern 2006. S. 77ff.

4 Zur Integrationspolitik und Verteilung der integrationspolitischen Massnahmen und Projekte in der Schweiz

Die Fragen und Probleme, die sich im Zusammenhang mit Integration auf lokaler Ebene stellen, sind vielfältiger Natur. Sie manifestieren sich z.B. in Form der nachbarschaftlichen Konflikte zwischen verschiedenen Bewohnergruppen, der Schul- bzw. Unterrichtsprobleme in Klassen mit hohem Anteil fremdsprachiger Schüler und Schülerinnen oder der hohen Soziallasten aufgrund von Ausgaben für unterstützungsbedürftige Einwohnerinnen und Einwohner. Von grosser Aktualität ist auch der faktische und/oder empfundene Anstieg der Gewalt und Kriminalität, welcher Ängste und Verunsicherungen bei Teilen der einheimischen und ausländischen Wohnbevölkerung hervorruft.

Auf den Städten und Gemeinden in der Schweiz lastet ein grosser integrationspolitischer Problemlösungsdruck. Ihre Ressourcen und Handlungsspielräume sind jedoch in mehrfacher Hinsicht - z.B. finanziell, durch übergeordnete gesetzliche Vorgaben, aber auch in Bezug auf die mögliche Konsensfähigkeit der in Frage kommenden Massnahmen - begrenzt. In dieser für die Städte und Gemeinden schwierigen Grundkonstellation der grossen Probleme einerseits und eingeschränkten Mittel und Ressourcen intensivieren sich fast überall ausländer- und integrationspolitische Debatten. Viele dieser Debatten werden unsachlich und emotional geführt; verschiedene Akteure und Gruppen versuchen, sich dabei zu profilieren.

Die Massnahmen, die auf dem kommunalen Niveau ergriffen werden, können nach ihrer Art, nach Politikbereich und nach den Zielen unterteilt werden, deren Erfüllung man sich von ihnen erhofft. Von der Art her besteht ein wichtiger Unterschied zwischen ausländerspezifischen Massnahmen, die sich nur auf die Ausländer und Ausländerinnen richten und Massnahmen zugunsten mehrerer oder aller Bevölkerungsgruppen inklusive Ausländer und Ausländerinnen. Vom Politikbereich und von der Zielsetzung her besteht ein wichtiger Unterschied zwischen integrationspolitischen Massnahmen, welche explizite integrationspolitische Ziele haben (z.B. Sprachkursangebot, Integrationsprojekte, etc.) und übrigen Massnahmen und Politiken, welche zwar andere Ziele und Absichten verfolgen, aber von ihren Auswirkungen auf die Integration manchmal wichtiger als integrationspolitische Massnahmen sein können (z.B. Massnahmen in der Frühförderung der Kinder, in der Schule, wohnungsmarktpolitische Massnahmen, etc.).

Es existiert keine systematische Übersicht darüber, in welchen Orten und Gebieten der Schweiz es viele und in welchen nur wenige oder überhaupt keine Massnahmen und Projekte der Integrationsförderung gibt. Einzelne Städte und Gemeinden - darunter auch solche, die nach unseren Berechnungen aus dem Kapitel 2 einen erhöhten Integrationsbedarf aufweisen - haben keinen Überblick über die integrationspolitischen Projekte und Massnahmen, die auf ihrem Gebiet durchgeführt werden - bzw. sind erst gerade dabei, entsprechende Bestandesaufnahmen durchzuführen. In der Tabelle 11 auf der nächsten Seite wird gezeigt, welche Städte und Kantone über Integrationsdelegierte und eigene Integrationskredite verfügen. Zudem wird in dieser Tabelle auch auf die gesetzlichen Grundlagen und Hauptaufgaben der Integrationsarbeit eingegangen. Aus dem Vorhandensein bzw. Fehlen eines bzw. einer kommunalen und kantonalen Integrationsdelegierten kann aber nicht auf den Stellenwert der Integrationsförderung geschlossen werden, sind doch die kommunalen und kantonalen Stellen ganz unterschiedlich organisiert und mit Ressourcen ausgestattet. Auch die Angaben zu den geltenden gesetzlichen Grundlagen und zu den Hauptaufgaben der Integrationsdelegierten sind alleine nicht besonders aussagekräftig, weil sich unter gleichen Angaben ganz unterschiedliche Inhalte und Intensitäten verbergen können.

Städte und Kantone (abgekürzt)	Integrationsdelegierte/r		Kredit		Gesetzliche Grundlagen				Hauptaufgaben				
	Ja, seit ...	Nein	Ja	Nein	Verfassung	Gesetz	Verordnung	Leitbild	Beratung	Information und Öffentlichkeitsarbeit	Koordination innerhalb der Verwaltung	Umsetzung eigener Projekte	Koordination Bundesprojekte
Baden	2002		x							x	x	x	x
Bern	2001			x				x		x	x	x	x
Biel	2003			x				x			x		
Frauenfeld	2000		x						x	x	x	x	x
Langenthal		x	x								x	x	x
Lausanne	1971		x						x	x	x	x	x
Luzern	2000		x							x	x	x	x
St. Gallen	2002		x					x		x	x	x	x
Thun	2004		x					x	x	x	x		
Winterthur	1980		x					x				x	
Zürich	1980		x					x		x	x	x	x
AG	2000			x				x		x	x		x
AI		x		x					x		x		x
AR	2001			x						x	x	x	x
BE	2003		x							x	x	x	x
BL	1999		x		x			x		x	x		x
BS	1998		x					x					
FR	2005			x	x		x			x	x		x
GE	2002		x			x			x	x	x	x	x
GL													
GR													
JU	2004		x				x		x	x		x	x
LU	2001		x					x		x	x		x
NE	1990		x			x	x		x	x	x	x	x
NW	2004			x	x	x		sistiert			x		x
QW	2001		x					x			x	x	x
SG	2001		x					x		x	x	x	x
SH	2004		x		x			x			x		x
SO	2005		x				x	x		x			x
SZ				x							x		x
TG	2002		x							x	x		x
TI	2003		x			x		x	x	x	x	x	x
UR													
VD	2002		x		x					x	x	x	x
VS	2002		x			x	x	x		x	x		x
ZG													
ZH	2003		x							x	x	x	x

Tabelle 11 Integrationsdelegierte, Kredite, rechtliche Grundlagen und Hauptaufgaben der Integrationsarbeit in den Städten und Kantonen der Schweiz (aus: Bundesamt für Migration. Probleme der Integration der Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz. Bern 2006. S. 111ff.)

Ein anderer Hinweis zur räumlichen Verteilung und zum Stellenwert, welchen die Integrationsprobleme und Integrationsförderung in verschiedenen Orten und Gebieten der Schweiz haben, sind die in der folgenden Tabelle 12 gezeigten Kredite und Projekte, welche im Integrationsförderungsprogramm des Bundes in den Jahren 2004 bis 2006 finanziell unterstützt wurden:

	Anzahl Projekte insgesamt	Kredite insgesamt	Anzahl Projekte pro 100'000 Einwohner	Kredite pro 1'000 Einwohner
AG	101	2'287'502.-	17.7	4'018.-
AI+AR	7	27'200.-	10.3	401.-
BE	180	3'257'610.-	18.8	3'404.-
BL	53	1'171'191.-	19.9	4'401.-
BS	112	3'594'924.-	60.3	19'369.-
FR	35	758'950.-	13.8	2'989.-
GE	77	1'967'956.-	17.9	4'570.-
GL	8	63'708.-	21.0	1'669.-
GR	21	405'762.-	11.2	2'161.-
JU	22	542'680.-	31.8	7'852.-
LU	114	2'793'837.-	32.0	7'839.-
NE	46	1'503'019.-	27.3	8'923.-
NW+OW	14	144'025.-	19.2	1'971.-
SG	94	2'246'261.-	20.4	4'883.-
SH	43	1'299'592.-	58.3	17'618.-
SO	48	809'415.-	19.4	3'265.-
SZ	18	453'580.-	13.1	3'298.-
TG	43	1'399'700.-	18.4	5'973.-
TI	53	856'040.-	16.4	2'656.-
UR	3	80'466.-	8.6	2'293.-
VD	108	2'823'867.-	16.5	4'317.-
VS	52	796'534.-	17.8	2'732.-
ZG	43	596'035.-	40.4	5'597.-
ZH	285	6'685'079.-	22.4	5'253.-

Tabelle 12: Die kantonale Verteilung der Projekte, welche im Integrationsförderungsprogramm des Bundes 2004-2006 finanziell unterstützt wurden (eigene Zusammenstellung des Autors anhand der Daten aus den Jahresberichten 2004, 2005 und 2006 der EKA)

Die mit Abstand höchste Zahl der geförderten Projekte und die höchsten zugesprochenen Kreditvolumina waren in den Kantonen Basel-Stadt und Schaffhausen zu verzeichnen, sehr tiefe Werte verzeichneten in beiden Zusammenhängen die Kantone Appenzell, Graubünden und Uri, in welchen vermutlich integrationspolitische Förderungsstrukturen und das Know-how zur Gesuchseinreichung beim Bund weniger gut entwickelt sind und für die Mitfinanzierung der vom Bund unterstützten Projekten durch den Kanton weniger grosse Spielräume bestehen. Auch wenn sich die Programmverantwortlichen um eine ausgeglichene räumliche Verteilung der Integrationsförderung bemühten, wurden in den verstädterten Kantonen des Mittellandes anteilmässig mehr geförderte Projekte durchgeführt als in den eigentlichen Bergkantonen. Die gleiche Feststellung kann auch bezüglich der Höhe der Kredite bzw. der aus dem Integrationskredit des Bundes zugesprochenen finanziellen Mittel gemacht werden.

5 Hauptergebnisse der Vertiefungsanalysen in 13 ausgewählten Städten und Gemeinden

Da die bislang präsentierten Daten der Volkszählung nur Indizien auf die eingangs gestellten Untersuchungsfragen liefern, bestand von Anfang an die Absicht, in ausgewählten Städten und Gemeinden ergänzende Recherchen durchzuführen. Im Rahmen dieser Recherchen wurden einerseits gezielte Daten-, Dokumenten-, Literatur- und Internetrecherchen und andererseits persönliche Interviews mit lokalen Akteuren und Schlüsselpersonen der Integrationsförderung durchgeführt. Die Ergebnisse der Recherchen sind durch die verfügbaren Dokumente und Aussagen der Interviewpartner geprägt. Die Recherchen stellen somit einen weiteren Schritt zur Klärung der integrationspolitischen Situation in den betreffenden Gemeinden dar, haben gleichzeitig aber auch gezeigt, wie komplex sich diese Situation im Einzelnen präsentieren kann. Um ein umfassendes Bild zur integrationspolitischen Situation zu gewinnen, bräuchte es für jede Gemeinde eine eigene Untersuchung. Die Hauptergebnisse der Vertiefungsanalysen sind in den beiden folgenden Tabellen zusammengefasst. In einer ersten Tabelle 13 befindet sich die aufgrund der Recherchen formulierte persönliche Einschätzung des Verfassers in Bezug auf (i) Intensität und räumlichen Verteilung der integrationspolitischen Probleme, (ii) die lokale Integrationspolitik und (iii) die Organisation und Aktivität der Ausländerinnen und Ausländer sowie anderer Zielgruppen der Integrationspolitik. Die zweite Tabelle 14 gibt die persönliche Einschätzung des Verfassers über die wichtigsten integrationspolitischen Hemmnisse und Potenziale der 13 untersuchten Orte wieder.

	Integrationspolitische Probleme		Lokale Integrationspolitik			AusländerInnen und andere Zielgruppen der Integrationspolitik
	Intensität (1=klein, 4=gross)	Verteilung (1=dispers, 4=konzentriert)	Problembewusstsein, Thematisierung (1=stark, 4=schwach)	Erfahrungen (1=gross, 4=klein)	lokale Ressourcen, Massnahmen und Projekte (1=wenig, 4=viel)	1=passiv, nichtorganisiert 4=aktiv, organisiert
Rorschach (SG)	4	4	3	4	1	1
Spreitenbach (AG)	3	3	3	4	2	3
Opfikon (ZH)	3	3	3	4	2	2
Locarno (TI)	2	2	3	3	2	3
Pratteln (BL)	4	4	4	4	1	1
Littau (LU)	3	3	3	4	2	3
Kreuzlingen (TG)	2	2	3	2	3	3
Renens (VD)	4	2	2	2	3	4
Montreux (VD)	3	4	2	4	3	2
Vernier (GE)	4	4	1	2	3	4
La Chaux-de-Fonds (NE)	3	2	3	2	3	3
Biel (BE)	3	2	2	2	3	3
Winterthur (ZH)	3	2	2	2	4	4

Tabelle 13: Zusammenfassende Einschätzung der integrationspolitischen Probleme, lokaler Integrationspolitik und ihrer Zielgruppen in den 13 untersuchten Orten

	Integrationspolitische Probleme und Hemmnisse	Integrationspolitische Potenziale
Rorschach Kt. SG	geringer Stellenwert der Integrationspolitik, zersplitterter Immobilienbesitz im unattraktiven Zentrumsgebiet, Leerwohnungsbestände und Vermietbarkeitsprobleme, Passivität sowie fehlende Organisation und Vernetzung der Ausländerinnen und Ausländer	aktive professionelle Integrationsarbeit und integrationspolitisches Know-how im Schulbereich, Problembewusstsein und Problemanerkennung durch lokale Behörden, aktive Integrationsförderungs politik des Kantons
Spreitenbach Kt. AG	zu schnelles Wachstum und starke Bautätigkeit in den 60er Jahren, mehrere unattraktive Grossüberbauungen und "problematische" Bevölkerungszusammensetzung ⁴ in einigen Quartieren und Überbauungen, zum Teil widersprüchliches Selbstverständnis (Stadt und Dorf)	aktive professionelle Integrationsarbeit in der Schule und mit den Jugendlichen, Problembewusstsein und Anerkennung durch lokale Behörden, Organisation und Vernetzung der Ausländerinnen und Ausländer
Opfikon Kt. ZH	starke Mobilität und Fluktuation der Wohnbevölkerung, schwach ausgeprägter Ortsbezug der Bewohner und Bewohnerinnen	junge Bevölkerung; dynamische Bau- und Siedlungsentwicklung bietet Chancen für Projekte der lokalen Integrationsförderung
Locarno Kt. TI	vergleichsweise niedriger durchschnittlicher Bildungsgrad, hohe Sozialhilfeausgaben	Offenheit und Toleranz der einheimischen Wohnbevölkerung; Gelassenheit, Pragmatik und Präventionsfokus der lokalen Integrationsarbeit, positive Wirkungen des Tourismus auf interkulturelle Haltungen gegenüber Ausländern und Ausländerinnen
Pratteln Kt. BL	widersprüchliches Selbstverständnis, passiv-reaktive Integrationspolitik, zum Teil Koordinationsschwierigkeiten zwischen Verwaltungsabteilungen, mehrere unattraktive Grossüberbauungen und "problematische" Bevölkerungszusammensetzung in einigen Quartieren und Überbauungen	bauliche Entwicklungsprojekte wie Salina Raurica bieten Chancen für Projekte der lokalen Integrationsförderung
Littau Kt. LU	Verkehr und Verkehrslärm, einige Quartiere topografisch und vom Verkehr abgeschnitten, problematische Bevölkerungszusammensetzung in einigen Quartieren und Überbauungen, hohe Sozialhilfeausgaben	örtliche migrations- und integrationspolitische Traditionen, lokale Vereine, Problembewusstsein und -anerkennung durch lokale Behörden
Kreuzlingen Kt. TG	keine besonderen Probleme und Hemmnisse	Grenznähe, kulturelle Nähe und Sprachgemeinschaften mit Deutschland, migrations- und integrationspolitische Traditionen
Renens Kt. VD	Konfliktpotenziale als Folge des schwachen Ortsbezugs und der Verunsicherung einheimischer Bewohner und Bewohnerinnen	keine Grossüberbauungen, gute soziale und ethnische Durchmischung der Wohnbevölkerung, migrations- und integrationspolitische Traditionen, professionelle und aktive Integrationsarbeit, Ursprungslandidentität der Ausländerinnen und Ausländer, Ausländerclubs und -vereine

⁴ Zur "problematischen" Bevölkerungszusammensetzung siehe Michal Arend: Können Stadtplanung und Wohnungsmarktpolitik einen Beitrag zur besseren Durchmischung und Integration von MigrantInnen leisten? In: H.-R. Wicker, R. Fibbi, W. Haug (Hg.): Migration und die Schweiz, Ergebnisse des nationalen Forschungsprogramms "Migration und interkulturelle Beziehungen", Seismo Verlag Zürich, 2003.

	Integrationspolitische Probleme und Hemmnisse	Integrationspolitische Potenziale
Montreux Kt. VD	starke bauliche Entwicklung und Verlust der ursprünglich dörflichen Identität, Mobilität und Fluktuation der Wohnbevölkerung, Überalterung und teilweise "problematische" Bevölkerungszusammensetzung in einigen Quartieren und Überbauungen, hohe Preise und Segregations Tendenzen am lokalen Wohnungsmarkt	gute Finanzlage und bestehendes Problembewusstsein, starker Präventionsfokus, noch vorhandene dörfliche Struktur, lokale Vereine, innovative planerische Instrumente, positive Wirkungen des Tourismus auf interkulturelle Haltungen gegenüber Ausländern und Ausländerinnen
Vernier Kt. GE	mehrere unattraktive Grossüberbauungen und problematische Bevölkerungszusammensetzung in einigen Quartieren und Überbauungen, Konfliktpotenziale als Folge des schwachen Ortsbezugs sowie der Verunsicherung und Fremdenfeindlichkeit vieler einheimischer Bewohner und Bewohnerinnen	Problemanerkennung und -bewusstsein durch lokale Behörden, migrations- und integrationspolitische Traditionen, professionelle und aktive Integrationsarbeit
La Chaux-de-Fonds Kt. NE	teilweise veraltete und schlecht unterhaltene Bausubstanz, das Grenzgängerproblem und seine Auswirkungen	momentan gute Wirtschafts- und Finanzlage, homogenes Siedlungsgebiet ohne übermässige Wohnattraktivitätsunterschiede, migrations- und integrationspolitische Traditionen, lokales Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer, Vereine
Biel Kt. BE	Hinweise auf aufkommende bzw. sich in letzter Zeit verstärkende Fremdenfeindlichkeit, teilweise veraltete und schlecht unterhaltene Bausubstanz	momentan gute Wirtschafts- und Finanzlage, migrations- und integrationspolitische Traditionen, aktive und professionelle Integrationsarbeit, Zweisprachigkeit
Winterthur Kt. ZH	hohe Mobilität und Fluktuation in einigen Quartieren und Überbauungen	momentan gute Wirtschafts- und Finanzlage, homogenes Siedlungsgebiet ohne übermässige Wohnattraktivitätsunterschiede, migrations- und integrationspolitische Traditionen, eigene lokale Ressourcen und gute professionelle Integrationsarbeit

Tabelle 14: Zusammenfassende stichwortartige Einschätzung der wichtigsten integrationspolitischen Hemmnisse und Potenziale der 13 untersuchten Orte

6 Schlussfolgerungen und Empfehlungen in Thesenform

T1: Die Hauptursachen räumlicher Häufungen von Personen und Bevölkerungsgruppen mit besonderen Integrationsproblemen liegen im Vorhandensein billiger Wohngelegenheiten und in grossen Preis-, Zugänglichkeits- und Attraktivitätsunterschieden zwischen verschiedenen Wohnlagen und Wohngebieten. Dass sich die sozial und wirtschaftlich Schwachen in den billigen, wenig attraktiven Segmenten des Wohnungsmarktes konzentrieren, hat mit ihrer Kaufkraft, mangelhafter Such- und Bewerbungskompetenz, mit den Diskriminierungen bei der Wohnungsvergabe und mit dem Wunsch nach Nähe zu ihren Verwandten und ihnen vertrauten Personen der gleichen Herkunft zu tun.

T2: Besondere Integrationsprobleme und integrationspolitische Anforderungen bestehen zurzeit vor allem in Städten und Gemeinden, in denen in den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts viele Grossüberbauungen entstanden sind. Häufig betreffen die Integrationsprobleme auch die Mieterinnen und Mieter in billigen Liegenschaften und kleineren Überbauungen an lärmexponierten und/oder aus anderen Gründen unattraktiven Wohnlagen.

T3: Zu verzeichnen sind zweifache räumliche Verlagerungen der Gebiete mit besonderen Integrationsproblemen; kleinräumig aus den Zentren und zentrumsnahen Wohnlagen an den Stadtrand und ins Umland der Städte, grossräumig aus den tertiären Grossagglomerationen in die mittleren und kleineren Agglomerationen mit noch bedeutendem Anteil industrieller Arbeitsplätze.

T4: Im Zuge dieser Verlagerungen werden auch kleinere Städte und Gemeinden ohne eigene Problemlösungskulturen und -strukturen mit Integrationsproblemen konfrontiert. In diesen Städten und Gemeinden gibt es in der Regel auch nur wenige Projekte der lokalen Integrationsförderung. Die Ausländer und Ausländerinnen sind in solchen Orten isoliert, nicht vernetzt und schlecht organisiert.

T5: Die Reaktionen neu betroffener Städte und Gemeinden auf die ungewohnten integrationspolitische Schwierigkeiten und Probleme sind vielfältig. Auf der negativen Seite können z.B. passives Aussitzen, Verharmlosung, Verdrängung oder inhaltsleere Rhetorik beklagt werden. Als positive Lösungsansätze können problem- und projektbezogene Arbeit sowie Mobilisierungs-, Zusammenarbeits- und Vernetzungsstrategien bezeichnet werden.

T6: Nur grössere und mittelgrosse Städte in der Schweiz verfügen über spezifische integrationspolitische Leitbilder, Konzepte und Zielvorstellungen sowie über entsprechende Ämter, Abteilungen und Verantwortliche, die sich (fast) ausschliesslich mit ausländer- und integrationspolitischen Themen beschäftigen. In kleineren Städten und Gemeinden sind für Ausländerfragen Verantwortliche zuständig, die auch andere Aufgaben haben. Weitere spezifische Merkmale der Integrationspolitik in kleineren Städten sind Pragmatik und das problemorientierte und projektbezogene Vorgehen. Unterschiedliche integrationspolitische Zuständigkeitsregelungen auf der lokalen Ebene haben Auswirkungen auf den Stellenwert, Aktivitäten und Schwerpunktsetzung der lokalen Integrationspolitik und Integrationsförderung.

T7: Zwischen den drei Landesteilen bestehen grosse und grundsätzliche Unterschiede in der Wahrnehmung der lokalen Integrationsprobleme, ihrer Ursachen und des entsprechenden integrationspolitischen Handlungsbedarfs. In den Städten des Tessins und der Romandie spürt man mehr Gelassenheit, Engagement und Empathie für die Situation der Ausländerinnen und Ausländer. Diese fühlen sich hier weniger stark zur Integration gedrängt, bekennen sich von sich aus freier zu ihrem Ursprungsland und sind auch eher zu freiwilligen Integrationsbemühungen bereit.

T8: In der Deutschschweiz ist heute eine einseitig fordernde und die Pflichten der Ausländerinnen und Ausländer betonende Integrationspolitik die Regel⁵. Die Themen "Sexualübergriffe", "Jugendgewalt", "Sozialstaatsmissbrauch" und die Problematik der ungleich verteilten Soziallasten und entsprechenden Gemeindeausgaben beeinträchtigen hier stärker als in der Romandie und im Tessin das integrationspolitische Klima und beeinflussen stärker auch die interkulturellen Haltungen der Politiker, Behördenmitglieder und der einheimischen Wohnbevölkerung.

T9: Lokale Integrationskulturen und integrationspolitische Problemlösungskapazitäten sind keine "Selbstläufer" und entstehen und wandeln sich langsam nur im Laufe der Zeit. Zu ihrer nachhaltigen Beeinflussung bedarf es grosser, umfassender und kontinuierlicher Anstrengungen.

T10: Das Geld und andere Ressourcen der Integrationsförderung sollten den von Integrationsproblemen tatsächlich betroffenen Gebieten zugute kommen, und nicht jenen Orten, in denen staatlich bezahlte "Profis" die besten Gesuche und Berichte schreiben können. In vielen kleineren Städten und Gemeinden mit besonderen Integrationsproblemen leisten erfahrene Integrationspraktiker wertvolle Arbeit, die heute aufgrund fehlender Zeit oder geringer Bewerbungskompetenz nicht oder zu wenig unterstützt wird.

T11: Vor allem zwischen den ländlichen Kantonen gibt es in Sachen Integrationsförderung grosse Unterschiede und Ungleichgewichte. Der Zugang zu Massnahmen der Integrationsförderung und die Beziehungen zu Instanzen der Integrationsförderung sind ungleich; viele kleinere Städte und Gemeinden mit besonderen Integrationsproblemen erhalten von den übergeordneten Staatsebenen keine genügende Unterstützung. Eine mögliche Legitimation und zusätzliche Aufgabe des Bundes besteht im Ausgleichen der Unterschiede im Zugang zu Massnahmen der Integrationsförderung.

T12: Bundeshilfe und -unterstützung bei lokalen Integrationsprojekten wären fast überall willkommen, die Mitwirkung und Mitsprache von Bundesinstanzen mancherorts weniger. Unsere Gesprächspartner in untersuchten Städten und Gemeinden hatten keine eigenständigen innovativen Vorstellungen, wie sie von den Bundesinstanzen bei lokalen Integrationsprojekten unterstützt werden könnten. Trotzdem fühlen sie sich in den bisherigen Gefässen der bundesseitigen und kantonalen Integrationsförderung zum Teil wenig unterstützt.

T13: Für eine erfolgreiche Umsetzung von Integrationsprojekten und -massnahmen braucht es eine enge Zusammenarbeit zwischen Integrationsfachleuten und Angestellten aus anderen Bereichen der staatlichen Tätigkeit. Notwendig ist auch der Einbezug der betroffenen Zielgruppen der Integrationspolitik. Viele Angestellte und Mitarbeitende aus anderen Bereichen der Staatstätigkeit haben heute zu wenig migrationspezifisches Know-how und Kenntnisse.

⁵ Siehe dazu auch die These 16 auf der nächsten Seite.

T14: Für den Erfolg und für die Wirksamkeit der lokalen Integrationspolitik spielen ferner die Zusammensetzung und integrationspolitische Ressourcen der ausländischen (z.B. Artikulations-, Vernetzungs- und Organisationsfähigkeit) und die interkulturellen Haltungen der einheimischen Wohnbevölkerung eine Schlüsselrolle.

T15: Auch lokale Identitäten und Selbstverständnisse gehören zu den wichtigen Einflussfaktoren der Integrationsförderungs politik in mittelgrossen und kleineren Städten. Verklärende Emporstilisierungen einer dörflichen Gemeinschaft erschweren die Integration und Integrationsförderungs politik, weil die Ausländerinnen und Ausländer in ihnen nur wenig Platz haben und vorab als Störfaktoren einer sie ausschliessenden heimatlichen Idylle erscheinen.

T16: Die Träger und Akteure der Integrationspolitik müssen sich aktiv von der Ausländerfeindlichkeit zahlreicher Schweizerinnen und Schweizer distanzieren. Zu einer auf Zielerreichung und Wirksamkeit bedachten Integrationsförderungs politik gehören auch Massnahmen und Projekte zur Verbesserung der interkulturellen Haltungen der einheimischen Wohnbevölkerung.

T17: Zahlreiche Ausländer und Ausländerinnen, von denen zu Recht verstärkte Integrationsanstrengungen erwartet werden, sehnen sich in erster Linie nach Anerkennung und Wertschätzung; und weniger stark nach Erklärungen, wie die Schweiz ist und was von ihnen hier erwartet wird. Dieses Gefühl des Akzeptiert- und Willkommenseins ist eine der wichtigsten Integrationsvoraussetzungen und -potenziale, sein Fehlen vielerorts ein ganz wichtiges und auch durch beste Integrationsförderungsprojekte kaum wettzumachendes Integrationshemmnis.

T18: Der Verfasser dieser Studie kann sich nicht vorstellen, dass irgendwo in der Schweiz in nächster Zukunft die Integrationsprobleme sich so zuspitzen oder eskalieren könnten wie in den französischen Vorstädten.